

Undurchsichtige Geschäfte

Experten hoffen für 2012 auf mehr Transparenz im Waffenhandel
Von Joachim Heinz (KNA)

Bonn (KNA) Es sind bizarre Typen, denen der südafrikanische Rüstungsexperte Andrew Feinstein bei seinen Recherchen zum weltweiten Waffenhandel begegnet. Joe der Hovsepien etwa: Der libanesische Armenier gilt seit langem als einer der großen Strippenzieher in der Branche. Und ist laut Feinstein überzeugt, dass seine Aktivitäten der Verteidigung der Menschheit dienen - obwohl er sein Geld unter anderem in den Balkankriegen verdiente und bei seinen Geschäften gleich mehrfach UN-Embargos brach. In der "Süddeutschen Zeitung" bescheinigte Feinstein der Hovsepien und anderen ein charmantes Auftreten; freilich ohne Unrechtsbewusstsein und stattdessen mit einem deutlichen Mangel an Moral "an der Schwelle zum Soziopathischen".

Aus Sicht des Südafrikaners, dessen "Schwarzbuch Waffenhandel" demnächst auf Deutsch erscheint, sind skrupellose Geschäftsleute wie der Hovsepien aber nur ein Teil des Problems. Sie profitieren davon, dass die milliardenschweren Rüstungsdeals größtenteils unter Ausschluss der Öffentlichkeit ablaufen und gleichzeitig für die beteiligten Unternehmen und Regierungen von großer Bedeutung sind. Mit weitreichenden Folgen: So sind Bestechungsversuche - egal ob bei offiziellen Geschäften oder auf dem Schwarzmarkt - nach Worten Feinsteins an der Tagesordnung. Er beruft sich auf Zahlen der Organisation Transparency International, wonach 40 Prozent aller Korruption im weltweiten Waffenhandel stattfindet.

Im kommenden Jahr, so hoffen Experten wie Feinstein, könnte sich jedoch das Blatt wenden: in Richtung von mehr Transparenz. Der vor zwei Wochen vorgelegte Rüstungsexportbericht der beiden großen Kirchen nennt gleich vier multinationale Vereinbarungen, die 2012 auf der Agenda stehen: zwei auf EU-Ebene, zwei weitere auf Ebene der Vereinten Nationen. Auf EU-Niveau stehen die deutschen Rüstungsausfuhren laut der Gemeinsamen Konferenz Kirchen und Entwicklung (GKKE) vor dem "Praxistest". Ab 2012 sollen gemäß der Verteidigungsgüterrichtlinie Unternehmen zertifiziert werden, die sich an den Exporten beteiligen. Ebenfalls im kommenden Jahr wollen die EU-Mitgliedstaaten ihren 2008 verabschiedeten Gemeinsamen Standpunkt zu Rüstungsexporten überprüfen.

Unterdessen laufen bei den UN die Vorverhandlungen zu einem Vertrag, der den Handel mit konventionellen Waffen regeln soll. Der ehrgeizige Fahrplan sieht vor, dass sich die internationale Staatengemeinschaft bei einer dreiwöchigen Konferenz im Juli auf einen Wortlaut verständigt - bevor sie sich Ende August dem Thema Kleinwaffen widmet. Dann steht eine Überprüfung des UN-Aktionsprogramms zur Kontrolle und Weitergabe von Pistolen, Maschinengewehren und tragbaren Panzerabwehrwaffen an. In diesem Segment belegte Deutschland zuletzt mit einem geschätzten Ausfuhrwert von 472 Millionen US-Dollar hinter den USA und Italien weltweit den dritten Rang.

Die GKKE mahnt die Verantwortlichen, die Verhandlungen zu nutzen, um strengere Richtlinien zu etablieren. Dabei setzt sie auch auf die Kontrollfunktion des Bundestages und stellt ein "Erwachen des parlamentarischen Interesses" fest. Nach vielen Jahren einer "als Schläfrigkeit zu charakterisierenden Haltung" nähmen die Debatten zu dem Thema zu. "Man muss steten Druck ausüben", sagt die SPD-Bundestagsabgeordnete Heidemarie Wieczorek-Zeul. Die langjährige Entwicklungshilfeministerin macht sich für eine große Debatte im Bundestag stark. Und sie ist zuversichtlich, dass eine solche Aussprache bis Ende März zustande kommt.

Anlässe gäbe es genug. Nach wie vor ist beispielsweise unklar, ob die umstrittene Lieferung von 270 deutschen Panzern nach Saudi-Arabien erfolgt. Die USA haben ihre Schäfchen bereits ins Trockene gebracht: Medienberichten vom Donnerstag zufolge kaufen die Saudis den Amerikanern 84 Kampfflugzeuge des Typs F-15 ab, weitere Jets sollen aufgerüstet werden. Das Auftragsvolumen: 30 Milliarden US-Dollar.

joh/brg/